

## **Genossen und Genossinnen, auch IHR müsst Euch bewegen!**

Agnieszka Brugger, MdB (Bündnis90/Die Grünen), Sprecherin für Sicherheitspolitik und Abrüstung

Stefan Liebich, MdB (DIE LINKE), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Rot-Rot-Grün geht nur mit einer anderen, einer friedlichen Außenpolitik

Auch wenn die große Koalition erst seit wenigen Tagen im Amt ist, wollen wir nach vorn blicken. Wenn die SPD zukünftig nicht mehr nur kleinere Partnerin in einer CDU-dominierten Regierung sein möchte, dann muss sie bereits jetzt ernsthaft an einem Dreierbündnis mit Bündnis90/Die Grünen und LINKEN arbeiten.

Einen ersten Schritt hat sie schon getan, bevor sie die Koalition mit Merkels Union einging: Auf dem Parteitag in Leipzig haben sich die sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen darauf verständigt, auch ein Bündnis mit der LINKEN nicht mehr grundsätzlich auszuschließen. Neben stabilen und verlässlichen parlamentarischen Mehrheiten, einem verbindlichen und finanzierbaren Koalitionsvertrag müsse aber auch eine verantwortungsvolle Außen- und Europapolitik im Rahmen internationaler Verpflichtungen gewährleistet sein. Dem können wir nur zustimmen. Alle Parteien, auch unsere, haben hier noch einige Hausaufgaben zu erledigen. Aber wir finden auch: Es ist ebenfalls die SPD, die sich hier bewegen muss, damit eine Regierung mit Grünen und Linken und eine friedensorientierte Außenpolitik eine wirkliche Chance hat.

Ein "Weiter so!" der sozialdemokratischen Außen- und Sicherheitspolitik der vergangenen Jahre wird es mit uns nicht geben. Eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken muss Veränderung und Aufbruch bedeuten, will sie eine echte Alternative bieten. Das muss auch in der Außenpolitik spürbar und sichtbar sein. Die Wahrung des Völkerrechtes, das Primat des Zivilen, eine Kultur der militärischen Zurückhaltung und kooperativer Multilateralismus im Rahmen der Vereinten Nationen sind für uns nicht verhandelbar und bilden das Fundament einer mutigen Außenpolitik im Dienste des Friedens. Wir wollen einen Politikwechsel für mehr Frieden und Sicherheit, für mehr Abrüstung und eine Stärkung der Menschenrechte.

In den Koalitionsverhandlungen mit der Union hat sich die SPD von vielen Forderungen schnell verabschiedet. So ist ein Politikwechsel, auch in der Außenpolitik nicht möglich.

Wenn wir eine Außenpolitik wollen, die sich primär dem Frieden und der Sicherheit verpflichtet fühlt, dann gibt es einiges zu tun.

Für uns sind Auslandseinsätze der Bundeswehr ohne ein Mandat der Vereinten Nationen ausgeschlossen. Versuchen, die parlamentarischen Mandate und die parlamentarische Kontrolle von Auslandseinsätzen der Bundeswehr zu umgehen oder aufzuweichen, stellen wir uns entschieden entgegen.

Die Ausstattung für die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung darf nicht länger finanziellen Kürzungen unterliegen, sondern muss besser ausgestattet und aufgestellt werden. Die Europäische Union muss ihre Vision als Zivilmacht mit Leben füllen und wir fordern statt kalter Abschottung endlich eine solidarische und humane Asylpolitik. Deutschland sollte sich endlich engagiert und tatkräftig im Rahmen der Vereinten Nationen für einen kooperativen Multilateralismus einsetzen und die Kapazitäten der Vereinten Nationen stärken.

Rüstungsexporte in Krisengebiete und Staaten, in denen Menschenrechte systematisch mit Füßen getreten werden, sind mit uns nicht möglich. Hier muss die SPD ihren Kurs deutlich ändern: Weg

vom industriepolitischen Lobbyismus!

Wir sind gegen eine Anschaffung und Nutzung bewaffneter Drohnen durch die Bundeswehr und wir wollen keine deutschen Beschaffungen für einen NATO-Raketenabwehrschirm in Europa, der Spannungen mit Russland erzeugt und Europa weiter aufrüstet. Wir wollen, dass ein atomwaffenfreies Deutschland endlich Realität wird und die US-amerikanischen Atomwaffen, die nur Relikte aus dem Kalten Krieg sind, endlich abgezogen werden. Von dieser Forderung hat sich die SPD in den Koalitionsverhandlungen mit der Union ziemlich schnell und leichten Herzens verabschiedet.

Besonders deutlich werden unsere Unterschiede aber auch bei der aktuellen Diskussion um das Mandat der Operation Active Endeavour, das sich auch 12 Jahre nach den schrecklichen Terroranschlägen vom 11. September noch immer auf die Ausrufung des NATO-Bündnisfalls bezieht. Welche Terroristen werden hier von der Bundeswehr im Mittelmeer bekämpft? Das Mandat muss beendet werden, stattdessen versucht die große Koalition mit durchsichtigen Tricks, das Parlament zu umgehen. Nicht mit uns, liebe SPD!

Wir wollen eine Außenpolitik, die für Abrüstung, zivile Konfliktprävention, Demokratie und Menschenrechte eintritt. Ob das die SPD genauso entschieden und wirklich will, muss sie noch zeigen. Wir jedenfalls sind zu Gesprächen bereit, liebe Genossinnen und Genossen!